

Rede von Helmut Kohl über ein geeintes Deutschland in einem geeinten Europa (New York, 5. Juni 1990)

Legende: Am 5. Juni 1990 hält der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem American Council on Germany in New York eine Rede über die Wiedervereinigung Deutschlands unter dem Aspekt der Eingliederung der Bundesrepublik in die internationale Staatengemeinschaft.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 13.06.1990, Nr. 74. Bonn: Deutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_helmut_kohl_uber_ein_geeintes_deutschland_in_einem_geeinten_europa_new_york_5_juni_1990-de-b8d732dd-46e4-416c-8086-a2150b1c9989.html

Publication date: 25/10/2012

Ein geeintes Deutschland in einem geeinten Europa

I.

Herr Präsident, Exzellenzen,
meine sehr verehrten Damen und Herren !

Ich bin Ihrer Einladung, lieber Senator Mathias, gerne gefolgt, heute abend während meines kurzen Aufenthaltes in den USA vor dem American Council on Germany zu sprechen - mitten in einer entscheidenden Phase der Geschichte Deutschlands und Europas.

Hier bei Ihnen, im American Council on Germany, haben seit vielen Jahrzehnten hervorragende Persönlichkeiten - Politiker, Wirtschaftsführer, Wissenschaftler, Journalisten, Künstler - als engagierte Freunde der Deutschen in den USA unsere Bundesrepublik Deutschland auf ihrem Weg mit freundschaftlichem Rat begleitet:

- Beim Wiederaufbau aus den Ruinen des Zweiten Weltkrieges, den wir im freien Teil unseres Vaterlandes dank der großzügigen Hilfe des amerikanischen Volkes schnell bewältigen konnten. Ich selbst gehöre noch zu der Generation, die in ihrer Schulzeit während der Jahre 1946/47 Quäker-Speisung oder Hoover-Speisung erlebt hat. Wir haben dies nie vergessen.

- Ich erinnere an die Neubegründung eines freien, demokratischen Gemeinwesens auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland.

- Ich erinnere an die amerikanische Hilfe bei unserer Wiederaufnahme in die Gemeinschaft der freien Völker und unsere Eingliederung in das Bündnis der Demokratien Nordamerikas und Europas.

- Ich erinnere - gerade jetzt, in diesen Wochen und Monaten, wo viele unserer Erinnerungen zurückgehen - an die Tage der schweren Prüfungen in und um Berlin, unserer alten Hauptstadt, auf den Höhepunkten des Kalten Krieges.

- Ich erinnere an die Phase der Neugestaltung der West-Ost-Beziehungen, als es darum ging, den Kalten Krieg zu beenden, die Konfrontation zu überwinden und Erleichterungen für die Menschen durchzusetzen.

- Und nicht zuletzt denke ich an die Solidarität unserer amerikanischen Freunde in der Zeit, die wir jetzt gemeinsam erleben dürfen: Die Deutschen haben sich auf den Weg gemacht, die staatliche Einheit ihres Vaterlandes wiederherzustellen, in Freiheit zu vollenden und gleichzeitig mit dem Bau der Vereinigten Staaten von Europa zu beginnen.

Gerade hier in New York, einem der großen Zentren der internationalen Presse, ist uns in den letzten Monaten ein großes Maß an Publizität zuteil geworden. Ich bin dankbar dafür. Es ist wahr: Die Entwicklung in Deutschland hat vieles an schlagzeilenträchtigen Themen geliefert:

- Im letzten Sommer die Massenflucht unserer deutschen Landsleute nach der Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze;

- die Bilder von den Demonstrationen in Leipzig und anderen Städten in der DDR - Sie alle haben den Ruf noch in der Erinnerung: „Wir sind das Volk!“ und: „Wir sind ein Volk!“ -;

- die Bilder vom Fall der Mauer und dann, kurz vor Weihnachten, von der Öffnung des Brandenburger Tores

- und dann die Nachrichten vom Wahlabend am 18. März, an dessen Ende jedermann klar erkennen konnte, daß unsere Landsleute in der DDR die Einheit wollen: die Einheit in Freiheit.

Dieser Tage, meine Damen und Herren, war Deutschland ein Schwerpunkt bei der Begegnung zwischen Präsident Bush und Präsident Gorbatschow. Ich will die Gelegenheit nutzen, hier in den Vereinigten Staaten in meiner ersten öffentlichen Rede nach diesem Gipfel Präsident Bush zu danken. Er hat sich einmal mehr als ein Freund der Deutschen, als ein engagierter Anwalt der deutschen Einheit erwiesen.

Ich sage es ganz einfach und ganz knapp: Dieser Präsident ist für uns Deutsche ein Glücksfall. Überhaupt sind wir Deutschen dem amerikanischen Volk zutiefst dankbar, daß es uns auf unserem Weg in die Zukunft im Geiste der Freundschaft und der Partnerschaft begleitet.

II.

Bei alledem übersehen wir nicht, daß hier in den USA und auch anderswo uns, den Deutschen, Fragen im Blick auf unseren Weg zur Einheit gestellt werden:

- Was ist das für ein Deutschland, das da entsteht?
- Was wird die Einheit Deutschlands für Frieden und Freiheit im Herzen Europas bedeuten?
- Wird dieses Deutschland womöglich in die alten Fehler seiner Geschichte zurückfallen - oder haben die Deutschen die Lektion der Geschichte gelernt?

Ich will versuchen, auf diese Fragen Antwort zu geben. Wir Deutsche sind entschlossen, unseren Weg in die Zukunft so zu gehen, daß jedermann erkennen kann: Wir haben die Lehren der Geschichte gelernt- die Lehren unserer eigenen und die Lehren der europäischen Geschichte.

Es sind nur noch wenige Jahre, die uns vom Ende dieses Jahrhunderts trennen. Es war ein schreckliches Jahrhundert mit Krieg, mit Not, mit Leiden, mit viel Tränen und vielen Toten. Und Deutsche hatten daran, daß es dazu kam, einen beträchtlichen Anteil. Aber ich glaube, unser Volk hat jetzt eine Chance, und diese Chance besteht darin, daß wir manches von dem, was in diesem Jahrhundert in schreckliche Unordnung geraten ist, wieder in Ordnung bringen können.

Welches sind die Lektionen, die wir dabei zu beherzigen haben?

Meine erste Antwort lautet, daß das künftige geeinte Deutschland mit den Vereinigten Staaten von Amerika in enger Freundschaft und in verantwortlicher Partnerschaft verbunden bleibt. Diese Freundschaft und diese Partnerschaft mit den USA ist für uns Deutsche von existentieller Bedeutung. Es gibt keinen Preis, um den man uns diese Überzeugung abkaufen könnte.

Zu dieser Partnerschaft gehört, daß das künftige vereinte Deutschland in vollem Umfang, ohne jede Einschränkung, Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsallianz sein wird. Wir ziehen damit eine besonders wichtige Konsequenz aus der Erfahrung der Geschichte: Frieden, Stabilität und Sicherheit in Europa sind immer dann gewährleistet, wenn das Land in der Mitte Europas, Deutschland, mit allen seinen Nachbarn in einer festen Bindung, in vernünftigem Ausgleich und in einem auf gegenseitigen Vorteil gegründeten Austausch lebt.

Wer hingegen die Deutschen in die Isolation zwingt, wer sie auf Sonderwege abdrängt, wer ihnen die Chance versperrt, eingebettet zu sein in den Kreis der europäischen Völker, der muß wissen, welche verhängnisvollen Konsequenzen dies in der Vergangenheit hatte und in der Zukunft haben könnte.

Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und die Isolierung der Weimarer Republik sind eine Mahnung, die wir auch heute zu beherzigen haben. Wir Deutsche wollen nicht noch einmal in Isolation gezwungen werden, denn auf Grund unserer Erfahrung wissen wir, daß dann Unfrieden, Instabilität und Unsicherheit für ganz Europa die Folgen wären.

Das künftige vereinte Deutschland kann und wird deshalb nicht ein Wanderer zwischen zwei Welten sein.

Wir wollen keine Neutralität oder Entmilitarisierung. Wir lehnen eine Politik der Bündnis- oder Blockfreiheit ab.

Wir Deutschen wollen unser souveränes Recht wahrnehmen, das auch die Charta der Vereinten Nationen und die Schlußakte von Helsinki verbriefen: daß wir selbst darüber entscheiden, welchem Bündnis wir angehören. Die Entscheidung ist klar: Wir wollen Mitglied der NATO sein. Auch die meisten unserer Nachbarn im Osten - ich nenne nur Polen, Ungarn und die CSFR - wollen, daß wir dies sind.

Ich begrüße vor allem, daß in der Pressekonferenz am Ende des amerikanisch-sowjetischen Gipfels vor ein paar Tagen in Washington Präsident Bush in Gegenwart von Präsident Gorbatschow klar ausgesprochen hat: Es ist das Recht der Deutschen, allein darüber zu bestimmen, welche Allianz sie eingehen wollen.

Wir wollen auch als wiedervereinigtes Deutschland Teil der westlichen Wertegemeinschaft bleiben. Das ist meine zweite Antwort. Mit anderen Worten: Das künftige vereinte Deutschland wird ein freiheitlich-demokratischer Staat sein, ein Rechtsstaat, gegründet auf die Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte. Extremisten von links oder von rechts werden auch in Zukunft bei uns keine Chance haben.

Das künftige Deutschland wird ein Bundesstaat sein. Wir ziehen damit eine weitere wichtige Lehre aus der Geschichte. Gerade Sie hier in den USA werden das gut verstehen, denn Sie leben in einer föderalen Ordnung seit der Gründung. Nichts schiebt Tyrannei und totalitärer Gesinnung stärkere Riegel vor als eine Verfassungsordnung, die nicht nur auf Gewaltenteilung - checks and balances - aufbaut, sondern die auch in der Dezentralisation von Macht dem Pluralismus unserer Zeit am meisten entspricht.

Wir haben heute mit unserem Grundgesetz bereits eine solche Verfassung. Und diese Verfassung hat sich in 40 Jahren gut bewährt. Sie hat für den freien Teil unseres Volkes in vier Jahrzehnten die Tür weit geöffnet, damit auch die Deutschen die großen Ziele der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung verwirklichen konnten und können: „Leben, Freiheit und das Streben nach Glück.“ Ich bin sicher, daß diese Verfassung auch die Magna Charta für meine Landsleute in der DDR sein wird.

Noch in diesem Jahr werden auf dem Gebiet der heutigen DDR wieder die alten Länder entstehen. Und vergleichen Sie dann das vereinte Deutschland mit der inneren Ordnung Deutschlands in früheren Zeiten: ob 1790 oder 1890. Während früher große Einzelstaaten - erst Österreich, dann Preußen - das Reich dominierten, wird das wiedervereinigte Deutschland von morgen ein in sich ausgewogener und gerade deshalb auch auf ständigen Kompromiß ausgerichteter Bundesstaat sein. Daß dies im Interesse unserer Nachbarn liegt, versteht sich für mich von selbst.

Meine dritte Antwort ist: Das vereinte Deutschland wird ein wirtschaftlich gesundes und sozial stabiles Land sein. Die deutsche Vereinigung wird - dies ist die Meinung der meisten internationalen Beobachter - der Weltwirtschaft einen bedeutenden Wachstumsschub geben. Der enorme Nachholbedarf der DDR, aber auch der übrigen Reformstaaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, bietet erhebliche Marktchancen für alle. Und ich füge hinzu, daß nicht zuletzt die Europäische Gemeinschaft von dieser Entwicklung profitieren wird.

In wenigen Wochen, am 1. Juli, wird die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten. Die von einem totalitären Regime aufgezwungene zentrale Planwirtschaft in der DDR wird durch die erfolgreiche Soziale Marktwirtschaft ersetzt. Dies ist ein Vorgang ohne Beispiel. Aber er hat enormen Beispielcharakter für die bisher sozialistischen Länder in Ost-, Südost- und Mitteleuropa.

Mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wird bereits vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten die materielle Grundlage für die deutsche Einheit geschaffen:

- Die DDR erhält zum 1. Juli die Deutsche Mark, eine starke und gesunde Währung. Und die Deutsche Bundesbank wird - dann auch für die DDR verantwortlich - getreu ihrem gesetzlichen Auftrag als Währungsbehörde auch in der DDR die Stabilität der Deutschen Mark gewährleisten.

- Unsere Landsleute erhalten zum ersten Mal seit 1945 eine konvertible Währung, mit der sie dann beispielsweise - ebenfalls zum ersten Mal seit 1945, ja seit 1939 - in den Westen, in westliche Urlaubsländer reisen können. Was für uns in der Bundesrepublik eine Selbstverständlichkeit war, blieb für unsere Landsleute in Dresden oder Leipzig allzu lange bloß ein Traum, doch dieser Traum geht jetzt in Erfüllung.

- Mit der Sozialen Marktwirtschaft übernimmt die DDR eine bei uns in über 40 Jahren erfolgreiche Wirtschaftsordnung. Von Anfang an, seit den Tagen des sogenannten deutschen Wirtschaftswunders zu Beginn der fünfziger Jahre, hat diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unseren Bürgern eine einmalige soziale Sicherheit geschenkt, natürlich nicht zuletzt durch die Leistung und die Arbeit vieler. Dieses eng geknüpfte soziale Netz ist zugleich eine Voraussetzung für die politische Stabilität unseres Landes.

- Die Menschen auf dem Gebiet der heutigen DDR erhalten jetzt die Chance, sich die bei uns schon seit lange herrschenden Lebensbedingungen endlich selbst erarbeiten zu können. Ihre Lebens- und Beschäftigungsbedingungen werden sich stetig verbessern. Leistung wird sich wieder lohnen. Für gute Arbeit gibt es gutes Geld.

Die Bundesrepublik Deutschland wird diesen wirtschaftlichen und sozialen Neubeginn nachhaltig fördern. Und wir sind bestens darauf vorbereitet. Seit acht Jahren ist unsere Wirtschaft auf Wachstumskurs. Unternehmenserträge, Investitionen und Beschäftigung erreichen Spitzenwerte.

Wir wollen unternehmerischer Initiative und vor allem auch dem Zustrom von privatem Kapital in die DDR die Wege öffnen. Die Regierung der DDR ist gegenwärtig dabei, für diese Entwicklung den gesetzlichen Rahmen zu schaffen. Und ich kann nur alle hier in der amerikanischen Wirtschaft herzlich einladen, in der DDR zu investieren. Das ist gut angelegtes Geld. Denn ohne Prophet zu sein, sage ich Ihnen voraus, daß diese alten deutschen Industrieregionen mit einer hervorragenden Facharbeiterschaft, mit einer großen Innovationskraft, mit tatkräftigen Bürgerinnen und Bürgern in wenigen Jahren wieder blühende Landschaften sein werden.

Die heutige DDR ist nicht irgendein Entwicklungsland. Hier liegen Landschaften, die die industrielle Revolution im Mitteleuropa des 19. Jahrhunderts getragen haben und wo nur ein unseliges Regime die Menschen vier Jahrzehnte um die Früchte ihrer Arbeit betrogen hat.

Wir werden auf diesem Weg Probleme haben, und wir stehen vor der Lage, daß wir uns auf keine Vorbilder beziehen können. Für eine Regierung und für eine Verwaltung ist es immer angenehm, sich in einer neuen Situation darauf beziehen zu können, wie andere bei vergleichbaren Gelegenheiten vorgegangen sind. Es gibt hier jedoch keine vergleichbare Gelegenheit, und ich hoffe, es wird eine solche Situation auch nie wieder geben.

Wir müssen also in vielfacher Hinsicht Neuland betreten und müssen Experimente wagen. Aber ich bin ganz und gar der Auffassung, daß wir alle Chancen haben, es zu schaffen.

Wir in der Bundesrepublik unterstützen die Entwicklung in der DDR nach Kräften durch den Sonderfonds „Deutsche Einheit“. Wir setzen dabei auch Gegenwertmittel des Marshall-Plans ein: So kommen die in schlimmer Notzeit nach dem Krieg erwiesenen Hilfen des amerikanischen Volkes mit 40jähriger Verspätung endlich auch meinen Landsleuten in der DDR zugute.

Wir sind fest überzeugt, daß die jetzt freigesetzten schöpferischen Kräfte der Menschen ein neues „Wirtschaftswunder“ bewirken werden. Ich mag dieses Wort nicht sonderlich: Es gab auch in den fünfziger Jahren eigentlich kein „Wirtschaftswunder“, sondern es gab eine großzügige Hilfe der Amerikaner, wobei der psychologische Rückhalt durch den Marshall-Plan fast noch höher zu bewerten ist als die materielle Hilfe: Die Tatsache, daß Präsident Harry S. Truman, George Marshall und andere - im Gegensatz zu dem, was nach dem Ersten Weltkrieg geschah - dem Gegner von gestern die Hand boten und einen Fonds für den Wiederaufbau schufen, hatte eine außerordentliche Initialwirkung.

Daß aus einem fast zerstörten Land mit über 12 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen kein Chaos wurde - wie Stalin es erhoffte, um damit der Weltrevolution den Weg nach Europa zu bahnen -, das verdanken wir der Weitsicht Amerikas, aber auch dem entschlossenen Wunsch der Deutschen, nicht unterzugehen.

Heute, meine Damen und Herren, finden wir ganz andere, ungleich bessere, Bedingungen vor. Wir haben einen beachtlichen Wohlstand in der Bundesrepublik und damit eine wirtschaftliche Ausgangsposition, die es den Deutschen in der Bundesrepublik ermöglicht, ihren Landsleuten in der DDR nachhaltig unter die Arme zu greifen. Das ist eine wichtige Ergänzung zu dem in der DDR vorhandenen Willen zum Neuaufbau.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung in Deutschland hat noch eine ganz andere Wirkung, und das ist die Wirkung auf die Europäische Gemeinschaft. Damit bin ich bei meiner vierten Antwort angelangt.

Wir haben noch vor sechs, sieben Jahren in der Europäischen Gemeinschaft eine Situation gehabt, die mit dem Begriff „Eurosclerose“ umschrieben wurde: dem Begriff einer schlimmen Krankheit, verbunden mit dem Namen Europas. Heute spricht niemand mehr von „Eurosclerose“. Das Europa der Zwölf erlebt einen neuen Aufbruch. Wir haben uns vor Jahren auf diesen Weg gemacht. Wir haben verabredet, daß der europäische Binnenmarkt mit 336 Millionen Menschen am 31. Dezember 1992 vollendet sein soll. Die Vereinigung Deutschlands hat jetzt eine darüber hinausgehende, gewaltige Dynamik innerhalb der EG ausgelöst.

Lassen Sie es mich ganz offen aussprechen: Das ist eine Nebenwirkung, die viele so gar nicht erwartet hatten. Der eine oder andere in Europa - außerhalb Deutschlands - hat Sorgen wegen der deutschen Wiedervereinigung. Und manch einer stellt sich die Frage, wie es zu ertragen sein wird, wenn demnächst 80 Millionen Deutsche der EG angehören werden, wo doch schon 60 Millionen die stärkste Wirtschaftskraft im Europa der Zwölf gebildet haben. Die Antwort hierauf, die mittlerweile unbestritten ist, heißt: möglichst energisch die Einigung Europas voranzutreiben. Das war immer mein Ziel, weil für mich deutsche Einheit und europäische Einheit wie zwei Seiten derselben Medaille sind.

Ich gebe zu: Die Motive, die den einen oder anderen meiner Kolleginnen und Kollegen bewegen, sind nicht nur deutschfreundlich. Aber das Ergebnis ist für mich im höchsten Maße erwünscht: daß nämlich deutsche Einheit und europäische Einigung Hand in Hand gehen.

Und so erleben wir etwas, was vor Jahresfrist undenkbar war: Auf dem Römischen EG-Gipfel im Dezember werden wir nicht nur daran arbeiten, die letzten Hürden auf dem Weg zum Binnenmarkt 1992 zu beseitigen, sondern gleichzeitig zwei parallele Regierungskonferenzen einsetzen, von denen die eine die Grundlage für eine Wirtschafts- und Währungsunion erarbeiten soll - wir werden in den neunziger Jahren ungeachtet dessen, was Sie lesen oder hören, zur Wirtschafts- und Währungsunion in Europa kommen und die andere sich mit den Voraussetzungen für eine Politische Union befassen wird.

François Mitterrand und ich haben einen neuen Anlauf in diese Richtung unternommen, und in ein paar Tagen werden wir in Dublin auf dem nächsten EG-Gipfel im Kreise der EG-Staats- und Regierungschefs darüber zu sprechen haben.

Ich sprach vorhin von der Erfüllung eines Traums - eines Traums meiner Generation, die wir den Krieg noch als Kinder erlebt haben und die Zeit danach mit ihrer Not, aber auch mit ihren Chancen. Damals vor fast 40 Jahren, sagte Konrad Adenauer, die deutsche Frage könne nur unter einem europäischen Dach gelöst werden. Spätestens jetzt stellt sich die Richtigkeit dieses Satzes heraus. Die Zukunft gehört nicht nationalistischen Alleingängen. Wir Europäer werden das Jahr 2000 nur dann in Frieden und Freiheit erleben und unseren Beitrag zur Gestaltung einer besseren Welt leisten können, wenn wir fähig sind, zueinander zu kommen, uns zu einigen.

Und da gibt es noch eine wichtige Herausforderung: EG-Europa ist nicht das ganze Europa. Die Europäische Gemeinschaft ist die Gemeinschaft der Zwölf. Es gibt jedoch eine viel größere Zahl von Ländern, die nicht nur geographisch, sondern auch im Blick auf ihre geistige Tradition zu Europa gehören: Prag, Warschau und Krakau, Budapest und Bukarest, Wien und Bern, Oslo, Helsinki oder Stockholm - das sind alles Städte

mitten in Europa. Es muß in den nächsten zehn Jahren neben der Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft eine Lösung gefunden werden, wie wir insgesamt, über den Bereich der EG hinaus, in Europa stärker zusammenwachsen.

Ich bin fest überzeugt: Die Lösung liegt nicht darin, die Zahl der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft immer weiter auszudehnen, sondern darin, daß wir in der Form einer Konföderation, wie es François Mitterrand genannt hat, versuchen zusammenzuwachsen und die europäische Einheit voranzubringen.

Das gilt vor allem für die Länder in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Europa ist die Hoffnung der Menschen in Polen und in der CSFR, in Ungarn und anderswo - und auch, wie ich glaube, bei den Völkern der Sowjetunion: Sie alle wünschen sich offene Grenzen, Pluralismus, Freiheit. Auch in ihrem Interesse gilt es, die Gunst der Stunde zu nutzen. Für uns Deutsche heißt dies, daß wir alles tun, damit Grenzen durchlässig werden. Das ist meine fünfte Antwort.

Mein Wunsch ist, daß das, was im Westen unseres Vaterlandes möglich war - Friede und Aussöhnung mit Frankreich, dem sogenannten „Erbfeind“ - genauso möglich ist beispielsweise mit unseren polnischen Nachbarn. Von deutschem Boden muß Frieden ausgehen.

III.

Meine Damen und Herren, ich sprach von den Lehren der Geschichte, die wir zu beherzigen haben. Und dazu gehört eben insbesondere, daß wir gerade auch in dieser Zeit keinen Zweifel aufkommen lassen, wo unser Platz ist. Der Platz der Deutschen ist an der Seite ihrer Freunde und Partner, er ist damit auch an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika.

Umgekehrt gilt aber auch: Der Platz der Vereinigten Staaten von Amerika ist an der Seite Europas. Ich bin mit Präsident Bush darin einig, daß es hierbei um eine dreifache starke Verankerung geht:

Erstens: Wir wollen das Nordatlantische Bündnis für künftige Aufgaben stärken. Aus den historischen Veränderungen in Europa erwächst die Chance, daß militärische Elemente an Gewicht verlieren, daß Warschauer Pakt und NATO aufeinander zugehen können und daß innerhalb der NATO die gemeinsamen Werte und Überzeugungen, die immer Grundlage des Bündnisses waren, noch stärker in den Mittelpunkt unserer Arbeit rücken.

In wenigen Wochen findet der NATO-Gipfel in London statt. Er wird eine große Chance für uns alle sein, in diesem Sinne das Bündnis weiterzuentwickeln. Und ich begrüße ausdrücklich die Vorschläge von Präsident Bush, die Strategie und die Struktur des Bündnisses der sich verändernden Lage anzupassen. Das gilt insbesondere für den Prozeß der Abrüstung und der Rüstungskontrolle.

Die zweite Verankerung über den Atlantik muß die immer engere Zusammenarbeit zwischen den USA und Kanada einerseits und der Europäischen Gemeinschaft andererseits sein. Es sind jetzt unter dem Vorsitz meines irischen Kollegen neue Vorschläge unterbreitet worden. Wir wollen sie nutzen. Vor uns liegen große Aufgaben:

- Ich nenne die Sicherung eines zukunftssträchtigen Rahmens für freien Welthandel. Und dazu gehört der erfolgreiche Abschluß der Uruguay-Runde.
- Ich denke an die noch engere Zusammenarbeit bei der friedlichen Lösung von Konflikten in der Dritten Welt, beim Nord-Süd-Konflikt, bei der wirksamen Unterstützung der Entwicklungsländer und bei einer für alle Seiten erträglichen Lösung des weltweiten Verschuldungsproblems.
- Ich denke an die globalen Herausforderungen im Blick auf den Schutz unserer Umwelt und unserer Natur.
- Und ich denke nicht zuletzt an die Millionen Menschen in den Reformstaaten Mittel-, Ost- und

Südosteuropas, die heute auf uns blicken, weil sie in diesen Monaten ihre Freiheit zurückerhalten, die sie sich selbst erkämpft haben, und weil sie unsere Hilfe und Unterstützung brauchen.

Und drittens wollen wir die Vereinigten Staaten und Kanada durch den KSZE-Prozeß fest mit Europa verbinden. Dieser Prozeß ist die einzige auch vom Osten unterschriebene Grundlage für eine dauerhafte Teilnahme der nordamerikanischen Demokratie beim Bau des Europas von morgen.

Damit wir uns hier nicht falsch verstehen, meine Damen und Herren: Es geht nicht darum, daß die KSZE Ersatz für das Nordatlantische Verteidigungsbündnis sein sollte. Sie soll dieses Bündnis nicht ersetzen, sondern komplementieren. Es geht um eine sinnvolle Ergänzung, und es geht um eine entschlossene Vorwärtsbewegung auf das Ziel, das unserem Bündnis und der KSZE gemeinsam ist, nämlich eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung in ganz Europa.

Meine Damen und Herren, vor Jahresfrist hätte ich nicht zu träumen gewagt, daß ich heute vor Ihnen in einer solchen Weise würde sprechen können. Niemand konnte erwarten, daß uns diese historische Chance geschenkt werde - uns Deutschen und uns Europäern. Und daß das so kam, verdanken wir nicht zuletzt unseren amerikanischen Freunden. Deswegen bin ich heute vor allem hier, um Ihnen ein herzliches Wort des Dankes meiner Landsleute weiterzugeben, meiner Landsleute vor allem in der DDR, die zum ersten Mal seit 40 Jahren die Chance der Freiheit haben.

Um begreiflich zu machen, was es heißt, in der DDR jetzt nach über 40 Jahren eines kommunistischen Systems das Land umzugestalten, will ich Sie ganz einfach daran erinnern, daß ein Wähler etwa in Leipzig oder in Dresden, der am 18. März an der ersten freien Volkskammerwahl teilnahm, 79 Jahre alt sein mußte, um schon einmal in seinem Leben frei gewählt zu haben: Die letzte freie Wahl für die Bürger von Leipzig oder Dresden war im November 1932, und sie mußten damals 21 Jahre alt sein, um wahlberechtigt zu sein.

Wenn Sie dieses Beispiel auf sich wirken lassen, dann haben Sie die wirkliche Dimension der gewaltigen Veränderungen, die sich mitten in Deutschland und damit mitten in Europa vollziehen. Ich sagte Ihnen, Sie können Vertrauen in die Deutschen haben, nicht zuletzt in meine Landsleute in der DDR. Uns steht ein schwieriger Weg bevor, aber wir werden diesen Weg zu einem guten Ende führen können. Dazu brauchen wir Hilfe, und dazu brauchen wir Unterstützung, und wir wollen von Deutschland aus unseren Beitrag auch zur Einigung Europas leisten.

Und hier in den USA wird man verstehen, wenn ich hinzufüge: Ich bin sicher, daß das, was jetzt in Europa und in Deutschland geschieht, am Ende der neunziger Jahre ein starkes und einiges, mit den Vereinigten Staaten von Amerika eng befreundetes Europa hervorbringen wird.

Die neunziger Jahre werden ein Jahrzehnt der Europäer sein, nicht der Japaner, obwohl dies viele in den USA noch nicht glauben. Aber die Geschichte wird mir recht geben. Und deswegen möchte ich Sie herzlich einladen, sich bei uns in Europa an dieser Entwicklung zu beteiligen.